

## für Zschopau und Umgegend.

Verantwortlicher Redacteur und Verleger: A. Schöne in Zschopau.

Abonnementspreis: 8 Ngr. pro Vierteljahr bei Abholung in der Expedition; 9 Ngr. bei Zusendung durch den Poeten; jede einzelne Nummer 7 Pf.

Zschopau, den 11. Juni.

Inserate werden bis Donnerstag Abend 5 Uhr angenommen und die gespaltene Cicero-Zeile oder deren Raum mit 8 Pf. berechnet.

### Schleswig-Holstein.

Ein Schreiben aus Viborg in Jütland vom 26. Mal enthält Folgendes: Von den preussischen Offizieren der hiesigen Gegend hört man die heftigsten Klagen über die Unverschämtheit, das brutale Betragen und die Perfidie der Dänen und Jüten. Zuverlässige Personen versichern, daß, wenn man es nicht selbst erlebe, man nicht glaube, was die Jüten sich erlauben. Auf alle Weise suchen sie den Preußen das Leben zu erschweren. Die Beamten, Kaufleute und Gewerbetreibenden überthenern und pressen nicht nur nach der Versicherung der preussischen Offiziere diese und ihre Truppen in unerhörter Weise, da Alles während der Waffenruhe baar bezahlt werden muß, sondern sie liefern, wie fast alle Wirthe, auch die schlechtesten, kaum genießbaren Sachen für das theure Geld. Beschwerden sich die Soldaten oder selbst die Offiziere, so werden die Herren Wirthe grob in hohem Grade, da sie sich darauf stützen, daß, wie ihnen wohl bekannt, von oben her strenge Anweisungen ergangen sind, die Einwohner möglichst human zu behandeln und alle Conflict zu vermeiden. Sehr häufig treten diese doch ein, da das Benehmen der Jüten die Preußen oft zu sehr empört, aber mehrfach sind Beschwerden und ziemlich harte Strafen die Folgen gewesen, selbst bei Ausschreitungen, welche zur Zeit gewöhnlicher Märsche im eigenen Lande kaum würden beachtet worden sein. Natürlich wird dadurch die Erbitterung noch gesteigert und die Soldaten sehnen sich nach dem Aufhören der Waffenruhe, um wieder kräftiger auftreten zu können. Bei allem Unmuth der preussischen Truppen über die schlechten Quartiere etc. haben doch die Gerichte, daß man sich endlich vom Londoner Protokoll losgesagt und wahrscheinlich doch der Herzog von Augustenburg Regent der unabhängigen Herzogthümer werden würde, große Freude erregt.

Eine hübsche Probe dänischer Unverschämtheit in Jütland giebt folgender Vorfall, den man aus Aarhus meldet: Vor einigen Tagen erhält der Agent der preussischen Armeelieferanten eine Sendung von Kaffee und Reis, welche in das preussische Magazin gebracht wird. Sofort erscheinen drei dänische Steuerbeamte in dem Magazin und legen, da die Waaren nicht versteuert worden, Beschlagnahme auf dieselben. Der Agent wendet sich wegen Instructionen an den Lieferanten und erhält von diesem die Weisung, den Betrag der Waaren und der Steuer mit 3200 Thlrn. in der Kasse einstweilen zu deponiren, da diese Artikel für die Armee durchaus nothwendig waren. Der Zollinspector Justizrath Müller hatte die Unverschämtheit, die Waaren für dänisches Eigenthum zu erklären, weil seiner Ansicht nach eine Steuerbefreiung vorliege. Nachdem von diesem Vorfall dem commandirenden General v. Falkenstein dienstlich Meldung geschehen war, wurde Müller citirt und ihm aufgegeben, sofort die 3200 Thlr. zurückzuzahlen, widrigenfalls er mit seiner Person dafür haften müßte. Der Zollinspector verweigerte die Zurückzahlung und erklärte, das Geld bereits nach Kopenhagen geschickt zu haben, und daß er es auch nicht zurückgezahlt haben würde, wenn es auch noch nicht abgesendet wäre. Es blieb nun nichts übrig, als den widerspenstigen Herrn, welcher bereits vor dem Waffenstillstande einmal vier Tage in Arrest gebracht hatte, zu verhaften, wo ihm eröffnet wurde, daß er nicht früher aus der Gefängnißhaft entlassen werden würde, als bis er das Geld zurückgezahlt. Ähnliche Differenzen sollen in mehreren Hafensstädten vorgekommen sein. — In Aalborg dehnten die Hauseigenthümer die Rechte des Waffenstillstandes so weit aus, daß sie Abends um 9 Uhr bereits die Hausthüren verschlossen und Niemand mehr einlassen wollten. Die

Folge davon war, daß die „renitenten Thüren“ aus den Angeln gehoben und auf die Wache geschleppt wurden. — Die Frau des Lehrers Dickmann kochte die für vier Tage bestimmte Menage eines preussischen Beamten auf einmal und sendete sie ihm ins Zimmer mit dem Bemerkten, sich nun das Gekochte selber auf die vier Tage zu vertheilen. — Vom Stadtkommandanten in Randers wurde ein Wagen für den General v. Falkenstein zu einer Fahrt nach Viborg requirirt und die dänische Behörde schickte einen gefäßlosen Breterwagen.

Ebenso ungerirt nahmen die dänischen Beamten in Jütland die Rekrutierung vor und schon waren die ersten Conscripten nach den Inseln in Bewegung, als die Preußen sich dazwanken. Die Conscripten wurden festgenommen und als Kriegsgefangene behandelt, die rekrutirenden Beamten aber vor das Kriegsgericht gestellt. Zahlreiche Einberufungsschreiben sind in die Hände der preussischen und österreichischen Offiziere gelangt. Dagegen melden andertheils dänische Blätter aus angeblich zuverlässiger Quelle: Die Civilbehörde und das preussische Ober-Commando treffen Vorbereitungen, in 5—6 Wochen die Landsektionen (Rekrutenausshebungen) in Schleswig unter Mitwirkung preussischer Offiziere und Aerzte zu halten, um baldmöglichst eine schleswig'sche, der preussischen einzureichende Armee zu bilden. (?)

Auf der westlich von Haderleben belegenen Anhöhe Boeghoved beschloß am 6. Juni eine Versammlung von 6000 nordschleswig'schen Männern unter dem Vorsitz des Dr. Hansen folgende Erklärung: Die von den Bevollmächtigten Englands und Frankreichs auf der Londoner Konferenz vorgeschlagene Theilung Schleswigs widersprecht unseren wichtigsten Lebensinteressen. Wir betrachten sie als das größte Unrecht und das größte Unglück, welches uns treffen könnte. Wir wollen nie und nimmer von Schleswig abgeschnitten und in das Königreich Dänemark einverleibt werden.

Im Herzogthum Schleswig ist die Agitation für den Wahlspruch: „Auf ewig ungetheilt!“ in vollem Gange. Am 12. Juni findet in Rendsburg eine große Delegirtenversammlung statt, zu der ein am 1. Juni in Kiel gefaßter Beschluß des engern Ausschusses auffordert. Am 1. Juni war auch eine Deputation in Kiel, die nach Berlin zum König von Preußen reiste. Es waren Vertreter der Stadt und des Amtes Tondern. Zweck derselben ist, dem König Angesichts des von ihnen (gerichtlich beglaubigt) vertretenen Districts anzusprechen, daß sie nur in einem ungetheilten Schleswig-Holstein und im Deutschen Bunde das Heil für ihr Vaterland finden könnten. Die Einwohner des Amtes Tondern sind sogenannte Festlandsdänen; gleichzeitig mit ihnen machte eine Deputation der Inseln von Amrum und Föhr dieselbe Reise, um Ähnliches anzusprechen.

Die Deputation aus Haderleben und Amt Tondern kehrte am 4. Juni, die von der Insel Sylt am 5. von Berlin wieder zurück und äußerten sich beide sehr befriedigt über den ihnen dort zu Theil gewordenen Empfang. Gleich nach ihrer Ankunft in Berlin wurden die Herren, nachdem sie um Audienz nachgesucht, noch Abends um 10 Uhr zu Herrn v. Bismarck beschieden, der sie überaus freundlich und leutselig empfing und sich 1½ Stunden lang in sehr eingehender Weise über Landesangelegenheiten mit ihnen unterhielt.

Das so wichtige Project eines Schleswig-Holstein-Kanals ist nunmehr so weit gediehen, daß Seiten Preußens die Ausführung des speciellen Nivellements und Ausarbeitung eines Kostenanschlags für die Linie Eckernförder Bucht — Rendsburg — Elbe bei Brunsbüttel definitiv beschlossen und die Genehmigung zu den betreffenden Arbeiten von den Bundescommissaren

ertheilt ist. In Kiel beschäftigt man sich augenblicklich mit dem Plane, durch Oeffnung eines namhaften Beirages zur Baufinanzierung es zu veranlassen, daß dem Kanal die Richtung nach dem Kieler Hafen statt nach der Eckernförder Bucht gegeben werde. Der Kanal selbst dürfte nach der Abschätzung von Ingenieuren auf 35 Mill. Thlr. zu stehen kommen. Die Wegersparniß für die Schiffe soll 270 bis 280 Seemeilen betragen.

Sachsen. Am 7. Juni ist in Dresden der seit Kurzem erkrankte Landtagsabgeordnete Ziesler gestorben. In ihm hat das sächsische Volk einen treuen Freund verloren.

In der ersten Kammer zu Dresden erklärt am 2. Juni der Finanzminister, Sachsen habe durch den Abschluß eines Vertrages über Verlängerung des Zollvereinsvertrages, auf Grund des Handelsvertrages mit Preußen, keine Demonstration machen wollen, um auf Andere einzuwirken, sondern nur eine feste Stellung gegen die Möglichkeit des Zerfallens des Zollvereins gefaßt und darin aus fester Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Maßregel für die Interessen Sachsens gehandelt. Die Kammer sprach der Regierung ihren wärmsten Dank für deren Verhalten in dieser Frage und drückte zugleich die Hoffnung aus, daß es der fortgesetzten Mitwirkung der Regierung gelingen werde, den Zerfall des deutschen Zollverbandes zu verhüten.

Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist am 6. Juni Vormittag von Dolzig in Dresden eingetroffen, im „Hotel Bellevue“ abgetreten und hat Mittags Sr. Maj. dem Könige, welcher im Schlosse anwesend war, seinen Besuch abgestattet. Am 7. früh reiste derselbe über Berlin nach Kiel zurück. Am 6. Juni traf auch der Herzog von Glücksburg, Bruder des regierenden Königs von Dänemark, in Dresden ein, reiste aber ohne Aufenthalt nach Böhmen weiter.

Am 6. Juni früh ist von Dresden eine größere Anzahl Mannschaften der Infanterie, Reiterei und Artillerie mittelst Extrazuges auf der Eisenbahn nach Holstein abgegangen, zu Ablösung derjenigen Mannschaften der mobilen Armeebrigade, welche ihre gesetzliche Dienstzeit in der activen Armee oder eine übernommene Stellvertretung beendet haben. Die Zahl dieser Ablösungstruppen beträgt 9 Offiziere und 526 Mann. Die Abzulösenden sollten den 8. Juni in Dresden eintreffen.

Die am 5. Juni in Dresden abgehaltene Volksversammlung, welche vom Commissionrath Dr. Hartmann eröffnet wurde, hat einstimmig folgende Resolutionen angenommen:

1) In Erwägung: daß in der Londoner Konferenz von nichtdeutschen Mächten eine Theilung Schleswigs vorgeschlagen worden sei, erklärt die Volksversammlung vom 5. Juni in Dresden: jede Theilung Schleswigs und jede Abtrennung eines wenn auch noch so geringen Theiles schleswig'schen Bodens, zumal ohne Zustimmung des gesammten schleswig-holsteinischen Volkes und der betreffenden schleswig'schen Bevölkerung, für eine schwachvolle Verletzung der Ehre des deutschen Volkes sowohl als des Rechts der Herzogthümer Holstein und Schleswig auf ewige Zusammengehörigkeit in ihrer vollen Integrität. (Alle Schleswig-Holstein-Comitees sind aufzufordern, Landesversammlungen behufs des Anschlusses an diese Resolution zu veranstalten.)

2) Die Volksversammlung erklärt ferner das nicht nur von grober Unwissenheit, sondern von absichtlicher Entstellung der Thatsachen zeugende Benehmen des größten Theils des englischen Volkes und Parlaments